

## ÜBERSETZUNG

KÖNIGREICH BELGIEN

-----

GUTACHTEN 43.009/1  
DER GESETZGEBUNGSABTEILUNG  
DES STAATSRATES

-----

Der STAATSRAT, Gesetzgebungsabteilung, erste Kammer, der am 3. Mai 2007 von dem Vize-Ministerpräsident, Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft gebeten wurde, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen ein Gutachten über einen Entwurf eines Erlasses der Deutschsprachigen Gemeinschaft "zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 1973 zur Bestimmung der gemeinsamen Regeln zur Festlegung der täglichen Zuschüsse, die gewährt werden für die Pflege, die Erziehung und Betreuung von Minderjährigen und Personen mit Behinderung, die zu lasten der öffentlichen Hand versorgt werden" abzugeben, hat am 24. Mai 2007 folgendes Gutachten abgegeben:

Unter Anwendung von Artikel 84, § 3, Absatz 1, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat hat sich die Gesetzgebungsabteilung auf die Untersuchung der Zuständigkeit des Verfassers des Rechtsaktes, der Rechtsgrundlage sowie der Frage, ob die vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt sind, konzentriert.

Diese Untersuchung gibt keinen Anlass zu Bemerkungen.

Die Kammer setzte sich zusammen aus

|            |                     |                                       |
|------------|---------------------|---------------------------------------|
| den Herren | M. VAN DAMME,       | Kammervorsitzender,                   |
|            | J. BAERT,           | Staatsräte,                           |
|            | W. VAN VAERENBERGH, |                                       |
|            | M. TISON,           | Beisitzer der Gesetzgebungsabteilung, |
| Frau       | M. VERSCHRAEGHEN,   | Stellvertretender Kanzler.            |

Der Bericht wurde von Herrn W. PAS, Auditor, vorgelegt.

DER KANZLER,

DER VORSITZENDE,

M. VERSCHRAEGHEN

M. VAN DAMME

DER HAUPTKANZLER,

D. LANGBEEN